

Bausteine für Schreiben an die örtlichen Bundestagsabgeordneten und jeweiligen LandesgesundheitsministerInnen

**ZUR STEIGERUNG DES „IMPACTS“ IST ES ABSOLUT HILFREICH; DIE BAUSTEINE LEDIGLICH ALS GRUNDLAGE UND ANREGUNG FÜR EIN INDIVIDUELLES SCHREIBEN AN IHRE ÖRTLICHEN BUNDESTAGSABGEORDNETEN UND IHRE LANDESGESUNDHEITSMINISTER ZU VERWENDEN, IN DEM SIE IHRE PERSÖNLICHE SITUATION IN DER PRAXIS UND DIE AUSWIRKUNGEN DES GKV-FINStG AUF IHRE PRAXIS UND IHRE PATIENTEN DARSTELLEN**

**BITTE NEHMEN SIE SICH DIE ZEIT, DAS SCHREIBEN NICHT NUR ALS COPY-PASTE ZU VERSENDEN.**

**VIELEN DANK!**

*Kursive Passagen bitte entsprechend wählen*

**Zahnärztliche Versorgung in Gefahr**

**Keine Leistungskürzung zu Lasten der Versicherten**

**ANREDE**

ich wende mich heute mit großer Sorge als *praktizierende Zahnärztin/praktizierender Zahnarzt* an Sie. Wie Sie wissen, wird derzeit im Bundestag über das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz beraten. Der Entwurf sieht für die kommenden zwei Jahre für die Zahnmedizin Regelungen vor, die einer drastischen Vergütungskürzung und einem Rückfall in die Zeit der strikten Budgetierung gleichkommen. Die geplante Honorardeckelung wird damit faktisch zwangsweise zu einer Leistungskürzung zu Lasten meiner Patientinnen und Patienten führen, obwohl diese Leistungskürzungen laut den mehrfach wiederholten Aussagen des Bundesgesundheitsministers ausgeschlossen sein sollen.

Mein Praxisteam und ich haben in den vergangenen Jahren alles Erdenkliche getan, die zahnärztliche Versorgung für unsere Patientinnen und Patienten auch gerade unter den schwierigsten Bedingungen der Coronapandemie aufrechtzuerhalten und zu sichern. Mein gesamter Berufsstand war und ist dabei immer ein verlässlicher Partner für die Gesundheitspolitik zum Wohle unserer Patientinnen und Patienten.

Die jetzt geplanten Regelungen gefährden alle Erfolge, die wir als Zahnärztinnen und Zahnärzte in den vergangenen Jahren für eine gute Mundgesundheit unserer Patientinnen und Patienten erreicht haben! Wie soll mit den geplanten Einschränkungen zum Beispiel allein die endlich modernisierte parodontologische Versorgung auf Basis der neuen PAR-Behandlungsstrecke in den nächsten Jahren sichergestellt werden? Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Regelungen zu Budgetierung und Honorardeckelungen machen eine Planung und Durchführung dieser über mindestens zwei Jahre angelegten Behandlung faktisch unmöglich. Die Folge wird sein, dass zahnmedizinisch notwendigen Behandlungen nicht mehr durchgeführt werden können. Es scheint, als wären diese Auswirkungen überhaupt nicht mitbedacht worden – oder werden sie einfach ignoriert?

Mit der PAR-Richtlinie haben wir in der Zahnmedizin nach Jahrzehnten des Stillstands seit Juli 2021 endlich ein Instrument an die Hand bekommen, um unsere von Parodontitis betroffenen Patientinnen und Patienten adäquat behandeln zu können und das seit langem bestehende massive Versorgungsdefizit bei dieser gravierenden Volkskrankheit erfolgreich angehen zu können. Die Chance, diesen Patienten endlich eine Behandlung auf moderner wissenschaftlicher Basis zukommen zu lassen und nicht nur ihre Mundgesundheit, sondern auch ihre Gesamtgesundheit zu verbessern, wird nun fahrlässig und ohne Not massiv gefährdet.

Durch die geplante Budgetierung drohen nun Fehlsteuerungen fast in der gesamten zahnmedizinischen Versorgung. Damit sind die im Gesetzentwurf dargestellten Einsparungen im zahnärztlichen Bereich auch faktisch deutlich höher. Sie werden erkauft mit Leistungskürzungen zu Lasten der notwendigen zahnärztlichen Versorgung für unsere Patientinnen und Patienten.

Das darf nicht passieren!

Ich bitte Sie daher, sich als *Abgeordnete/Abgeordneter/Ministerin/Minister* dafür einzusetzen, dass es nicht zu der dargestellten Verschlechterung der zahnärztlichen Versorgung zu Lasten unserer Patientinnen und Patienten durch die geplanten Regelungen kommt.

Mit freundlichen Grüßen